

Die unterschätzte Epidemie

Helmut Radlmeier und Hausarzt Dr. Schnurer werben für Grippe-Impfung

Landshut. Beim Stichwort "Impfen" denken viele derzeit an die Corona-Schutzimpfung. Doch mindestens genauso wichtig ist die Grippe-Impfung, waren sich Helmut Radlmeier und Hausarzt Dr. Stefan Schnurer beim Gespräch über die Impfung einig. Zur Sprache kam auch, was man ändern müsste, damit immer ausreichend Impfstoff in den Praxen vorhanden ist.

Während sich im letzten und in diesem Jahr alles um die Corona-Pandemie dreht, ist eine Epidemie, die Jahr für Jahr grassiert, etwas aus der Öffentlichkeit verdrängt worden: Die Grippe. Dabei sterben nach Schätzungen des Robert-Koch-Instituts rund 20.000 Deutsche pro Jahr an der Influenza. Viele davon wären vermeidbar, weil es dank der Grippe-Impfstoffe einen guten Schutz gegen das Virus gebe. "Eine Grippe-Impfung ist für Menschen um die 60 empfohlen. Mit zunehmendem Alter ist man anfälliger gegenüber dem Virus, weil das eigene Immunsystem sich abschwächt. Zu einer Grippe-Impfung kann ich daher nur raten", führte Dr. Stefan Schnurer, Hausarzt in Landshut, im Gespräch mit Helmut Radlmeier aus. Hinzu komme, dass gerade in Corona-Zeiten das Immunsystem stark unter Druck sei.

Große Nachfrage

Die Nachfrage nach der Grippe-Impfung ist groß, wie Schnurer berichtet: Viele Patienten

lassen sich gerade zum Beginn der Saison gegen Influenza impfen. "Der Impfstoff für Menschen ab 60 ist schon wieder knapp. Hier müssen wir nachbestellen", so der Arzt. Ausreichend vorhanden ist in diesem Jahr andererseits der Impfstoff, der vor allem Menschen unter 60 Jahren verabreicht wird. Damit das auch in den kommenden Jahren so bleibt, hat Helmut Radlmeier im Landtag einen Antrag eingebracht. Das Problem bisher: In Bayern ist zu Beginn der Grippesaison im Oktober der Impfstoff häufig Mangelware. Den Ursachen ist Radlmeier in diesem Jahr nachgegangen. Ein Grund: Die Bestellungen aus Bayern gehen relativ spät bei den Herstellern ein. Kunden, die dagegen früher bestellen, werden dann auch als Erste beliefert. Ein weiteres Hindernis: Bestellt ein Arzt mehr Impfstoff als er verimpft, muss er Regress befürchten.

Verbesserungen beschlossen

Um die Probleme zu beseitigen, hat Radlmeier zusammen mit seinen Kolleginnen und Kollegen des CSU-Arbeitskreises für Gesundheit und Pflege nun Verbesserungen bei den zuständigen Stellen eingefordert. So soll es nach dem Willen der CSU-Gesundheitspolitiker künftig möglich sein, dass Ärzte bis zu 30 Prozent mehr Impfstoff bestellen können, ohne dass sie Regress befürchten müssen. Außerdem sollen die Bestellungen aus Bayern früher erfolgen. "Folgt man un-

Helmut Radlmeier und Hausarzt Dr. Stefan Schnurer sprachen über die Grippeimpfung. Im Anschluss ließ sich der Abgeordnete selbst impfen.



seren Empfehlungen, so steht künftig auch in Bayern ausreichend Grippe-Impfstoff zur Verfügung. Die Zeiten, dass manche sich zwar schützen lassen wollen, aber schlicht mangels Impfstoffes nicht geimpft werden können, müssen ein für alle Mal vorbei sein", erläutert Radlmeier, Mitglied im Gesundheitsausschuss des Landtags.

Schon vor dem Gespräch hatte sich Radlmeier entschieden, sich zum ersten Mal gegen Grippe impfen lassen. "Bisher hatte ich die Impfung nicht auf dem Schirm. Aber zum einen wird man nicht jünger und zum anderen habe ich mich im Zuge meiner Arbeit ausführlich mit der Thematik befasst. Mit der Grippe-Impfung verhindert man, dass die Krankheit einen schweren Verlauf nimmt. Man muss also nicht ins Krankenhaus. Das entlastet unser Gesundheitssystem, was dringend notwendig ist. Denn das Personal auf den Intensivstationen hat mit den Corona-Fällen genug zu tun", so Radlmeier.

Fragen, Anregungen oder Anliegen? Einfach melden bei:

Helmut Radlmeier

Freyung 618, 84028 Landshut Telefon: 0871 96633572, Fax 96633576 buero@helmut-radlmeier.de

■ www.helmut-radlmeier.de

Manches lässt sich am besten im vertraulichen, persönlichen Gespräch klären.



Nutzen Sie dazu die nächste Telefonsprechstunde am Montag, 29.11.2021, 10 - 11 Uhr



Folgen Sie mir auf Facebook: facebook.com/Radlmeier.Helmut

Alle Ausgaben von "Neues aus dem Landtag" finden Sie auch im Internet unter https://helmut-radlmeier.de /4_26_Newsletter-Archiv.html

"Zukunft gesichert"

CSU/LM/JL/BfL-Fraktion begrüßt geplante Übernahme des Kinderkrankenhauses



Die drei Mitglieder des Klinikum-Aufsichtsrates, Bernd Friedrich, Rudolf Schnur und Helmut Radlmeier begrüßen im Namen der CSU/LM/JL/BfL-Fraktion die Überlegungen, dass Stadt und Landkreis Landshut das Kinderkrankenhaus St. Marien übernehmen wollen.

Landshut. Nach aktuellen Überlegungen wollen Stadt und Landkreis Landshut gemeinsam das Kinderkrankenhaus St. Marien übernehmen. Die CSU/LM/JL/BfL-Fraktion im Landshuter Stadtrat begrüßt diese Planung und signalisiert Zustimmung.

Bisher ist die Kongregation der Solanusschwestern die Trägerin des Kinderkrankenhauses St. Marien. Aufgrund der Altersstruktur des Ordens sucht die Kongregation

einen neuen Träger für das Haus. Nun hat man sich geeinigt, dass die Trägerschaft auf Stadt und Landkreis Landshut übergehen soll. Sowohl der Stadtrat als auch der Kreistag müssen dem noch zustimmen.

Im Namen der CSU/LM/JL/BfL-Fraktion begrüßen die Vertreter der Fraktion im Aufsichtsrat des Klinikums Bernd Friedrich, Helmut Radlmeier und Rudolf Schnur diesen Schritt: "Seit längerem treten wir dafür ein, dass die Zusammenarbeit der Krankenhäuser zum Wohle der Patienten verstärkt wird und die sich bietenden Synergieeffekte genutzt werden. Die Übernahme durch Stadt und Landkreis ist in unseren Augen die beste Option", so Rudolf Schnur, Fraktionsvorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates des Klinikums.

"Mit diesem Schritt sichert man nichts weniger als die Zukunft des Kinderkrankenhauses. Das muss es uns wert sein", betont Stadtrat Bernd Friedrich.

Davon ist auch Landtagsabgeordneter Helmut Radlmeier, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Pflege des Bayerischen Landtags, überzeugt: "Mit der Übernahme setzen wir ein klares Zeichen: Die medizinische Versorgung der Kinder und Jugendlichen der Region bleibt erhalten. Außerdem wäre die Übernahme des Kinderkrankenhauses ein weiterer Baustein zur überfälligen Schaffung eines schlagkräftigen Klinik-Verbundes in der Region Landshut."

Den Kindern zuliebe

Anwohner und Stadträte setzen sich für Geschwindigkeitsreduzierung ein

Frauenberg. Die Verkehrssituation in Frauenberg ist nicht ungefährlich: Die Schulbushaltestelle befindet sich an einer Kreuzung, die in einem Kurvenbereich liegt. Die Kurve wird laut den Beobachtungen von Anwohnern häufig geschnitten, das Tempo ist hoch. Zusammen mit Stadträten und dem Straßenverkehrsamt der Stadt haben Anwohner nun eine Verbesserung erreicht.

Stefanie und Georg Walter aus Frauenberg wandten sich vor einiger Zeit an die Stadträte Helmut Radlmeier und Lothar Reichwein, um auf die Gefahrensituation aufmerksam zu machen. Zusammen mit ihrem Fraktionskollegen Ludwig Schnur luden die beiden Stadträte daraufhin zu einem Vor-Ort-Termin, um die Möglichkeiten mit dem Straßenverkehrsamt zu erläutern. Das Ergebnis der gemeinsamen Bestrebungen ist nun in Frauenberg gut sichtbar: Entlang des Schulwegs wurden nun vier Schilder aufgestellt, die den Schulkindern zuliebe in beiden Fahrtrichtungen besondere Vorsicht anmahnen.



Mit den gut sichtbaren Warnschildern zufrieden sind die Anwohner Georg Walter und Stefanie Walter, die Stadträte Helmut Radlmeier und Lothar Reichwein sowie Stefan Groß vom Straßenverkehrsamt der Stadt Landshut.

Walter dankte den Stadträten und dem Straßenverkehrsamt für die rasche Lösung und Unterstützung. Die Beteiligten freuten sich zudem, dass die Grundstückeigentümer sich sofort bereit erklärt hatten, die Schilder auf

ihrem Grund aufstellen zu lassen. Im nächsten Schritt möchten die Anwohner eine weitere Reduzierung der Geschwindigkeit erreichen, am besten durch die Errichtung einer Tempo-30-Zone.

Aus dem Stimmkreis www.helmut-radlmeier.de



Eine Ära geht (noch nicht) zu Ende: Nach fast 30 Jahren kandidierte Anton Stadler nicht mehr als Ortsvorsitzender. Ihm folgt Christian Hüttner. Anton Stadler bleibt dem Ortsverband als stellvertretender Ortsvorsitzender erhalten.



Die JU Landshut-Stadt besuchte den Rocket Club, wo auch dank dem Programm Neustart Kultur Musikveranstaltungen wieder möglich sind



Auf Helmut Radlmeiers Einladung besuchte Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek das Klinikum Landshut, um sich die Bauarbeiten für den Neubau des Bettenhauses anzusehen.



Der CSU-Ortsverband Eching hielt seine Jahreshauptversammlung ab. Den Verband führt weiterhin Richard Grab als Ortsvorsitzender.



Die CSU Kumhausen wählte ihre Ortsvorstandschaft neu: Christine Attenkofer wurde als Ortsvorsitzende wiedergewählt. Stellvertretender Ortsvorsitzender ist Herbert Molitor.



Neuwahlen standen auch beim Ortsverband CSU Landshut-Mitte auf dem Programm. Anton-Peter Schöllhorn-Gaar bleibt Ortsvorsitzender, ihm zur Seite stehen als Stellvertreter Petra Möllerfrerk und Stephan Koller.

Werkzeugkasten Mobilität

Austauschplattform gestartet

Mit einer neuen Austauschplattform will der Freistaat Bayern gute Praxisbeispiele aus dem Themenbereich Verkehr sammeln und Kommunen zur Anregung anbieten. Dadurch sollen Synergien genutzt werden.

Ob zukunftsweisende Radverkehrskonzepte, Anrufbusse im ländlichen Raum oder multimodale Mobilitäts-Apps: Tagtäglich wird vor Ort in den Kommunen die Mobilität von morgen gestaltet. Gefragt sind attraktive und gut aufeinander abgestimmte Angebote, die zu einem nachhaltigen Mobilitätsverhalten einladen.

Es gibt schon viele sehr gute Beispiele, wie moderne Mobilität nachhaltig umgesetzt werden kann. Was bisher fehlte, war der Austausch darüber, welche Initiativen im Freistaat bereits erfolgreich gestartet wurden und wie gute Ideen auf andere Kommunen übertragen werden können.

Mit der Plattform www.wir-bewegen.bayern.de soll sich das nun ändern, damit nicht immer das Rad neu erfunden werden muss. Die Plattform dient dem Austausch, sodass sowohl die ein oder andere Anregung mitgenommen werden kann, aber auch Projekte aus der Region Landshut als Vorbild für andere Kommunen dienen können.

Eigene Praxisbeispiele könnten unter www. wir-bewegen.bayern.de/mitmachen online gestellt werden.

Pakt für Streuobst

Anpflanzung von Streuobstbäumen wird gefördert

Streuobst-Wiesen gehören seit jeher zur bayerischen Kulturlandschaft. 1965 sind aber 70 Prozent der Streuobst-Bäume in Bayern verschwunden. Schon 2017 hatte Helmut Radlmeier deshalb eine Aufforstung der Bestände angemahnt. Jetzt hat der Freistaat ein Programm dafür auf den Weg gebracht.

Neue Streuobstbäume helfen nicht nur dem Klima. Sie sind auch Lebensraum für viele Arten, wie etwa Bienen, Hummeln und Co. Außerdem produzieren sie regionale und gesunde Lebensmittel. Nicht außer Acht lassen darf man zudem den wirtschaftlichen Faktor: Hier wird vor Ort produziert, investiert und verkauft.

Um den Rückgang der Bestände zu stoppen, hat der Freistaat zusammen mit einschlägigen Verbänden den Streuobstpakt geschlossen. Partner im Pakt sind neben dem Freistaat der Bund Naturschutz, der Landesbund für Vogelschutz, der Bayerische Bauernverband, der Verband der Bayerischen Fruchtsaftindustrie, der Bund deutscher Baumschulen (BdB), der Bund Bayerischer Landschaftspflegeverbände, der Bayerischen Landesverband für Gartenbau und Landespflege und die Landesvereinigung für den ökologischen Landbau.

Im Rahmen des Paktes soll der jetzige Bestand erhalten und eine Million neue Streuobst-Bäume gepflanzt werden. Zudem soll der Bestand erfasst werden, alte Sorten erhalten und die Förderung im Kulturlandschaftsprogramm erhöht werden.

Unter der Rubrik "Radlmeiers Nachschlag" gibt Helmut Radlmeier seine ganz persönliche Sicht zu einem aktuellen Thema wieder.

Ampelstörung

In diesen Tagen geht es viel um Ampeln: Zum einen um die Corona-Ampel im Freistaat. Zum anderen um die Koalitionsverhandlungen der Ampel in Berlin. Hier ist bereits die ein oder andere Ampelstörung zu erkennen: Den Grünen findet nach den Worten von Parteichefin Annalena Baerbock das Thema Klima zu wenig Berücksichtigung in den Verhandlungen. Sogar ein bisschen selbstkritisch gibt sie zu, dass man Klimafragen in den Sondierungen zu wenig beachtet habe. Zugleich mobilisiert sie Unterstützer: In einem Brief an Umweltverbände setzt sie diese auf SPD und FDP an. Die Verbände sollen doch bitte auf die Parteien Druck ausüben und Klimathemen platzieren. Den Druck erhöhten Vertreter der Grünen dann auch noch gleich selbst: Sollten SPD und FDP nicht spuren, drohten Neuwahlen, so ein grüner Landesminister.

Welch neue Töne! Wie groß war doch die Eu-

phorie in den ersten Tagen und Wochen nach der Bundestagswahl. Erst war in den Gesprächen zwischen Grüne und FDP alles rosig, stylische Selfies inklusive. Auch in den anschließenden Sondierungen mit der SPD lief scheinbar alles glatt. Einhellig sprach man vom "Aufbruch" für das Land, ja gar davon, dass die Ampel eine "Zäsur in der politischen Kultur Deutschlands" sei. Die rosarote Brille haben die Verhandler wohl ablegen und sich der Realität stellen müssen.

Der Realität stellen müsste sich die Ampel-Verantwortlichen auch bei der Corona-Pandemie. Viel zu lange war gerade von Olaf Scholz kein Wort zur Pandemiebekämpfung zu hören. Der Chef der zukünftigen Regierung machte sich rar. Verantwortung sieht anders aus.

Schweigen wäre vielleicht noch ertragbar gewesen. Aber die Ampel-Parteien gehen noch einen Schritt weiter – in die fal-



sche Richtung – und lehnten lange einen Bund-Länder-Gipfel ab. Diesen hatten die Bundesländer gefordert, da sich zum einen die Lage massiv verschärft und gleichzeitig die gesetzliche Grundlage der epidemischen Lage von nationaler Tragweite ausläuft. Anstatt sich um die B-Noten zu kümmern, wie schnell man einen Koalitionsvertrag aushandeln kann, sollten die Ampel-Parteien sich lieber um die aktuellen Probleme kümmern.

Wie ist Ihre Meinung dazu? Schreiben Sie mir unter helmut.radlmeier@csu-landtag.de.